

Versicherer in der Rolle des Problemlösers

Assistance-Leistungen sind gefragt

Neue Ernüchterung

Vertrauen in die Rente sinkt weiter

Mit Extra-Rabatt

Kfz-Versicherer locken Autokäufer mit neuen Angeboten



Lebensversicherung als Fels in der Brandung

Finanzkrise hinterließ kaum Spuren

Allenfalls zweite Wahl

Basistarif ist für viele zu teuer

Soviel kostet Baugeld

Angebote von Banken und Versicherungen

Festzins über fünf und zehn Jahre im Vergleich

Verdrängtes Risiko Pflegefall

Das Thema Pflege steht bei den Deutschen trotz einer seit längerem geführten öffentlichen Diskussion selten auf der Agenda ihrer Vorsorgebemühungen. Viele sehen das Pflegerisiko nur abstrakt, aber nicht als individuelle Bedrohung.

So ergab eine Umfrage der Münchener Verein Krankenversicherung, dass der Informationsstand zur Pflegeversicherung immer noch niedrig ist. Viele Bürger wissen zu wenig über den Vorsorgebedarf im Pflegefall. So ist weder die monatliche Maximalleistung der gesetzlichen Pflegeversicherung von lediglich 1.470 Euro bekannt, noch die Versorgungslücke im Pflegefall von teilweise mehr als 2.000 Euro monatlich.

Bedenklich erscheint auch Folgendes: So gingen die Befragten im Durchschnitt davon aus, dass 47 Prozent der Menschen im Alter zum Pflegefall werden. Allerdings schätzten nur 18 Prozent das eigene Pflegerisiko als hoch ein. Das ist Verhalten nach dem Sankt-Florian-Prinzip. Die Menschen stellen sich nicht auf die Bedrohungen ein, sondern verschieben sie auf andere. Die eigene Situation wird wider besseren Wissens als günsti-

ger eingeschätzt. Rainer Reitzler, Vorstandsvorsitzender der Münchener Verein Versicherungsgruppe, warnte in Auswertung der Umfrage vor einer drohenden Pflegearmut und forderte eine stärkere Aufklärung der Verbraucher zum „Lebensrisiko Pflegefall“.

Dabei mangelt es keineswegs an Angeboten, um für den Pflegefall ausreichend vorzusorgen. So zahlen zum Beispiel private Pflegegeldversicherungen pro Tag einen vereinbarten Betrag, wenn der Versicherte pflegebedürftig wird. In Pflegestufe I und II wird in der Regel nur ein bestimmter

Prozentsatz des Tagesgeldes überwiesen, weil der Aufwand für die Pflege auch entsprechend geringer ist. Den vollen Satz gibt es in der aufwändigsten Pflegestufe III.

Je jünger ein Versicherter beim Abschluss der Police ist, desto niedriger fällt der Beitrag aus. Leider wird gerade in jüngeren Jahren das Pflegerisiko übersehen. Viele entscheiden sich erst für eine eigene Pflegeabsicherung, wenn sie am Beispiel der Eltern oder naher Verwandter erleben, zu welchen schweren Konsequenzen ein Pflegefall führt. Dann ist sie aber oftmals schon deutlich teurer. Inter-

essierte sollten bei Vertragsabschluss möglichst nicht älter als 55 Jahre sein.

Sinnvoll ist die Vereinbarung eines Inflationsausgleiches während der Laufzeit. Der Versicherer passt dann die Leistungen regelmäßig an. Das ist zwar mit einer leichten Beitragserhöhung verbunden, aber so wappnen sich die Versicherten für die steigenden Lebenshaltungskosten, die auch vor dem Sektor der Pflegeleistungen nicht halt machen.

Auch die Vereinbarung von Sonderzahlungen bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit ist durchaus ratsam. Damit kann zum Beispiel die eigene Wohnung altersgerecht und barrierefrei umgebaut werden, wenn die Betreuung zu Hause erfolgen soll. Häufig müssen viele Veränderungen vorgenommen werden, damit es für alle Beteiligten leichter wird. ■

Wer jung, fit und belastbar ist, verdrängt häufig das Pflegerisiko in späteren Jahren.

Mehr Informationen dazu?
Nehmen Sie bitte Bezug auf den Artikel:

1



Versicherer in der Rolle des Problemlösers

„Geld bei Schaden“ - diese Formel reicht längst nicht mehr, um die Leistungen der Versicherer zu beschreiben. Inzwischen bieten sie sich auch als Problemlöser im Schadenfall an. Sie kommen damit in der Kundschaft an.

Vor allem Assistance-Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Senioren-Services stehen hoch im Kurs. Das ergab das „Assistance-Barometer 2009“, das kürzlich veröffentlicht wurde. In der Umfrage, die vom Unternehmen Europ Assistance in Auftrag gegeben worden war, antworteten Versicherte sowie Entscheider aus der Versicherungs- und Bankwirt-

schaft. 56 Prozent der Versicherten schätzten Service- und Assistance-Leistungen in Form eines Produktzusatznutzens als wichtig oder sogar sehr wichtig ein. Besonderer Wert wird dabei auf die konkrete Notfallhilfe nach einem Schaden gelegt. Für Assistance-Leistungen rund um die Gesundheit nehmen Kunden sogar immer häufiger einen Mehrbeitrag in Kauf. Im Vorjahr hatten noch 36 Prozent der Befragten eine kostenlose Gesundheits-Assistance erwartet. Diese Gruppe ist inzwischen auf 26 Prozent geschmolzen. 40 Prozent würden einen Unkostenbeitrag von bis zu 15 Euro akzeptieren. 34 Prozent sind sogar bereit, mehr für diese

zusätzlichen Leistungen zu zahlen. Noch größer ist die Nachfrage im Seniorenbereich. Eine persönliche Beratung und Unterstützung bei Pflegefällen sehen knapp drei Viertel als wichtig oder sehr wichtig an. Zwei Drittel der Bürger wünschen sich einen persönlichen Pflegemanager.

Der Wunsch nach Assistance-Leistungen hängt allerdings ziemlich stark vom Alter ab. So erwarten immerhin bis zu 77 Prozent der über 50-Jährigen in allen Lebensbereichen unterstützende Leistungen von ihrer Versicherungsgesellschaft. 72 Prozent der über 65-Jährigen interessieren sich für Assistance-Leistungen, die speziell auf Senioren zugeschnitten sind. Darüber hinaus stoßen die Versicherer mit ihrem zusätzlichen Service vor allem bei Hausfrauen, Unternehmern und Freiberuflern auf große Gegenliebe. ■

Telefon-Tabu

Ein Autofahrer, der auf einem Seitenstreifen mit laufendem Motor telefoniert, handelt ordnungswidrig. Er bleibt auch auf dem Seitenstreifen ein normaler Verkehrsteilnehmer. Auf einem Parkplatz wäre das anders zu beurteilen. Über diese Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf informierte der Deutsche Anwaltverein. Einem Autofahrer sei die Benutzung eines Handys untersagt, wenn er es dafür in die Hand nehmen müsse. Das gelte nicht, wenn das Fahrzeug steht und der Motor ausgeschaltet ist. Der Kläger habe aber bei laufendem Motor telefoniert. Außerdem nahm er weiterhin am fließenden Verkehr teil, da der Seitenstreifen im Rechtssinne Fahrbahn sei. (Aktenzeichen: IV 2 Ss - OWi - 84/08)

In Sichtweite

Autofahrer sollten ein Garagentor per Fernbedienung erst dann öffnen, wenn sie es sehen können. Schließt sich das Tor in dem Moment, in dem das Auto hindurchfährt, trifft den Fahrer erhebliche Mitschuld. Eine Autofahrerin beachtete diese Regel nicht und wusste daher nicht, dass unmittelbar davor ein anderer Garagenbenutzer das Rolltor manuell geöffnet hatte. Ihr Signal der Fernbedienung löste daher das Schließen des Tores aus, da es schon offen stand. Das geschah genau in dem Augenblick, als die Frau hindurchfuhr. Für den entstandenen Schaden verlangte sie Ersatz von dem Mann. Seine Haftpflichtversicherung zahlte ohne Anerkennung einer Rechtspflicht die Hälfte. Die Frau wollte sich vor Gericht noch die andere Hälfte einklagen, blieb aber erfolglos. Nach Meinung der Richter traf sie eine Mitschuld von 50 Prozent. (Aktenzeichen: Amtsgericht München 231 C 2920/08)

Neue Ernüchterung

46 Prozent der erwerbstätigen Deutschen machen sich auf Grund der Finanzkrise und der schlechten Konjunktur mehr Sorgen um ihre gesetzliche Rente als vorher. Das ergab die neue Trendstudie zur Vorsorge in Deutschland, die vom Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA) Anfang Februar vorgestellt wurde. „Das historisch geschwächte Vertrauen in die gesetzliche Rente geht weiter zurück“, stellte Studienleiter Dr. Karsten

Schulte fest. Die Zuversicht, den Lebensstandard im Alter halten zu können, habe im Vergleich zu einer ähnlichen Untersuchung im Jahr 2005 dramatisch abgenommen. Gingen damals nur 37 Prozent davon aus, dass sie ihren Lebensstandard im Alter senken müssen, befürchten inzwischen 72 Prozent eine solche Entwicklung. Somit rechnet nicht einmal jeder Dritte, dass er mit dem bislang zu erwartenden Alterseinkommen sei-

nen gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten kann.

22 Prozent der Befragten wollen deshalb in den kommenden zwölf Monaten etwas für ihre Altersvorsorge in die Wege leiten. Vor drei Jahren nahmen sich das erst 18 Prozent der Befragten vor. So glaubten im Januar 2006 noch 57 Prozent, sie seien ausreichend für das Alter versorgt. Heute stehen nur noch 36 Prozent auf diesem Standpunkt. Dieser Meinungsumschwung hat sich jedoch in den Geschäftszahlen der Finanzdienstleister noch nicht niedergeschlagen, stellte das DIA bei der Auswertung der Umfrageergebnisse fest. Sie zeigten aber, so DIA-Sprecher Bernd Katzenstein, dass die Bevölkerung die Gegebenheiten realistisch einschätzt und im Rahmen ihrer finanziellen Gegebenheiten zusätzlich Vorsorge betreiben will. Das Deutsche Institut für Altersvorsorge will diese Entwicklung von nun an kontinuierlich verfolgen und monatlich über die Stimmungen und Aktivitäten der Bevölkerung berichten. ■

Die schlechte Konjunktur verringert das Vertrauen zur gesetzlichen Rente weiter.

Mehr Informationen dazu?
Nehmen Sie bitte Bezug auf den Artikel:

2

BU-Police muss in die Verlängerung gehen

Das spätere Rentenalter macht nicht nur Anpassungen bei der Altersvorsorge, sondern auch beim Berufsunfähigkeitsschutz erforderlich.

Für die Geburtsjahrgänge ab 1947 steigt das Rentenalter in Stufen bis auf 67 Jahre an. Das allein sorgt unter den Betroffenen schon für eine Menge Unmut. Dabei übersehen viele ein zweites Problem: Wer über eine Berufsunfähigkeitsversicherung verfügt, muss diese Police auf das spätere Rentenalter einstellen. Andernfalls ergibt sich eine Deckungslücke kurz vor dem Renteneintritt. Die meisten BU-Versicherungen sehen ein Endalter von 65 Jahren vor. Daher entsteht eine zeitliche Lücke von bis zu zwei Jahren.

Bei den Neuverträgen haben sich die Versicherer längst auf die veränderte Situation eingestellt und bieten BU-Tarife mit Endalter 67 an. Die längere potentielle Leistungsdauer ist dabei von Anfang an in der Beitragskalkulation berücksichtigt. Bei der Anpassung eines laufenden Vertrages ergibt sich daher zwangsläufig eine Anhebung des Beitrages, schließlich übernimmt der Versicherer ein größeres Risiko, da im Leistungsfall

bis zu zwei Jahre länger die BU-Rente gezahlt werden muss. In der Regel wird vor der Verlängerung zudem noch eine Gesundheitsprüfung verlangt.

Nicht in jedem Fall sind die Versicherer allerdings bereit, das Endalter auf 67 Jahre hinauszuschieben. So tun sich einige Anbieter zum Beispiel mit Kunden in handwerklichen Berufen schwer. Dort gibt es verschiedentlich selbst bei Neuverträgen nur eine Leistungsdauer bis 65 Jahre. Manchmal entscheiden sich Versicherte auch aus eigenem Entschluss für eine kürzere Leistungsdauer, um den Beitrag für die Police zu verringern. In diesem Fall sollte auf andere Weise für die verbleibende Zeit bis zum Renteneintritt vorgesorgt werden. Das könnte zum Beispiel eine private Rentenversicherung sein, die nicht erst mit 67 beginnt, sondern bereits ab dem Alter 60. ■

Mehr Informationen dazu?
Nehmen Sie bitte Bezug auf den Artikel: **3**



Kfz-Versicherer locken mit neuen Rabatten beim Autokauf.

Mit Extra-Rabatt

Die Umweltprämie hat nicht nur das Geschäft der Autohändler beflügelt, auch die Kfz-Versicherer berichten von einer regen Nachfrage nach Kraftfahrzeugversicherungen in den ersten Monaten des Jahres. Einige Versicherer legten daher gleich noch einen Extra-Rabatt drauf, um möglichst viele jener Autokäufer anzulocken, die sich von ihrem alten Schlitten getrennt haben. So gibt es zum Beispiel verbesserte Neuwagenra-

batte, die auch für Jahreswagen gelten. Andere Anbieter stellen einen zusätzlichen Öko-Rabatt in Aussicht, wenn der neue Wagen bestimmte Verbrauchsparameter erfüllt. So winken für Autokäufer, die wegen der Umweltprämie die Gunst der Stunde nutzen, zusätzliche Ersparnisse bei den laufenden Kosten. Da beim Verkauf des alten Autos und der Zulassung eines neuen der Versicherer problemlos gewechselt werden kann, steht dem Umstieg auf einen preisgünstigeren Anbieter nichts im Wege. Gewöhnlich herrscht das Wechselieber in der Kfz-Versicherung in den letzten Wochen des Jahres, weil dann die Verträge fällig werden. In diesem Jahr begann es bereits im Februar. ■

5 Jahre Festzins (Angaben in %)				10 Jahre Festzins (Angaben in %)			
Nominalzins	Auszahlung	Anfängl. Effektivzins	Nominalzins	Auszahlung	Anfängl. Effektivzins		
BANKEN				BANKEN			
SEB	3,69	100	3,75	ING - DiBa	4,05	100	4,13
ING - DiBa	3,70	100	3,76	SEB	4,27	100	4,36
SKG Bank	4,00	100	4,07	Münchener Hypo	4,35	100	4,45
Deutsche Hypo Hannover	5,37	100	5,50	SKG Bank	4,44	100	4,53
VERSICHERUNGEN				VERSICHERUNGEN			
Hannoversche Leben	3,38	100	3,43	Cosmos	4,10	100	4,18
Cosmos	3,65	100	3,70	Hannoversche Leben	4,10	100	4,18
Condor	3,80	100	3,85	Condor	4,18	100	4,25
Zurich	3,80	100	3,87	Debeka	4,20	100	4,28
Sparkassen-Versicherung	3,86	100	3,93	DBV-Winterthur	4,25	100	4,33
Swiss Life	3,88	100	3,95	Zurich	4,25	100	4,33

Ihr Finanzberater kennt die aktuellen Zahlen.

FINANZTELEGRAMM

Herausgeber: BCA AG
Siemensstraße 27
61352 Bad Homburg v.d.H.

Verantwortlich: Roland Roeder

Redaktion: Klaus Morgenstern,
Freiligrathstraße 20, 16356 Ahrensfelde, Tel.: 030/9316242

Druck: altmann-druck GmbH
Mahlsdorfer Str. 13-14, 12555 Berlin

Gedruckt auf chlorfreiem Papier

Fotos: iStockphoto

Lebensversicherer als Fels in der Brandung

Die Lebensversicherer erweisen sich als Fels in der Brandung der Finanzmarktkrise. Das belegen die Überschussdeklarationen, die für das laufende Jahr bekannt gegeben wurden. Viele Unternehmen halten die Gesamtverzinsung der Verträge konstant.

„Ich bin positiv überrascht“, so fasste Reiner Will, Geschäftsführer des Ratingunternehmens Assekurata, die Ergebnisse zusammen, nachdem seine Analysten die Überschussdeklarationen der Lebensversicherer für 2009 ausgewertet hatten. Wegen der anhaltend niedrigen Zinsen und der Wertverluste an den Kapitalmärkten hatten viele Experten mit einer Absenkung der Verzinsung von LV-Policen gerechnet. Doch diese Befürchtungen traten nicht ein. Im Durchschnitt werden die Guthaben der Kunden mit 4,28 Prozent verzinst. Das ist annähernd soviel wie im vergangenen

Jahr. Rund zwei Drittel der Anbieter behalten die Verzinsung des Vorjahres bei. Einige LV-Unternehmen, die bislang immer noch eine überdurchschnittlich hohe Überschussbeteiligung erwirtschaftet hatten, mussten die Gesamtverzinsung ein wenig zurückschrauben.

In der Kapitalversicherung reicht nun die Spanne von 3,58 bis 5,0 Prozent. Bei einigen Versicherern gab es eine Verschiebung zu Gunsten des Schlussüberschusses oder der Beteiligung an den Bewertungsreserven. Das ist aus Sicht des Kunden nicht ganz so wertvoll, weil diese Zuschreibungen zum Guthaben des Versicherten nicht garantiert sind. Die einmal gutgeschriebene Überschussbeteiligung hingegen bleibt bis zum Laufzeitende erhalten und nimmt an den anschließenden Verzinsungen teil. Die Zusage des Schlussüberschusses bindet allerdings den Versicherer nicht so fest wie die laufende Überschussbeteiligung. Damit wird



Lebensversicherer sind bislang gut durch die Finanzkrise gekommen.

er flexibler in seiner Kapitalanlage. Das zahlt sich für die Kunden aus, weil so höhere künftige Erträge möglich sind.

Den Assekuranzunternehmen hat geholfen, dass viele von ihnen schon rechtzeitig ihre Aktienquote verringert haben. Anders als nach dem Platzen der Kursblase im Jahr 2000 wurden sie dieses Mal nicht auf dem falschen Fuß erwischt. Problematische Wertpapiere wie strukturierte Hypothekenanleihen

oder Kreditversicherungen hatten die meisten Versicherer ohnehin nicht in ihrem Portfolio, so dass sich nicht in eine vergleichbare Lage gerieten wie viele Banken. „Die Branche ist gut durch die Finanzkrise gekommen“, resümiert Manfred Poweleit, Herausgeber des gleichnamigen Branchendienstes.

Mehr Informationen dazu?
Nehmen Sie bitte Bezug auf den Artikel:

4

Der Basistarif ist allenfalls zweite Wahl

Ab Januar 2009 besteht eine Krankenversicherungspflicht für alle. Dafür wurde auch der neue Basistarif eingeführt, den alle privaten Krankenversicherer anbieten müssen. Doch er ist allenfalls zweite Wahl.

Mit der jüngsten Gesundheitsreform wurde eine Pflicht zur Krankenversicherung eingeführt, die nach gesetzlicher und privater Krankenversicherung unterteilt ist. Wer zum Beispiel vor einigen Jahren aus der privaten Krankenversicherung ausgeschieden ist, aus welchen Gründen auch immer, muss sich nun wieder einen Vertrag besorgen. Für diese Gruppe der bislang Unversicherten wurde der neue Basistarif als eine Lösung entwickelt.

Doch wer noch einigermaßen gesund ist, sollte sich nach einem anderen Tarif umschauchen. Der Basistarif ist beschränkt auf den

Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenkasse. Die Prämie darf maximal den Höchstbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung ausmachen. Diesen Rahmen schöpfen auch alle Anbieter aus. Daher kosten die einzelnen Angebote für den Basistarif durch die Bank rund 570 Euro im Monat. Verglichen mit einem Normaltarif fällt das Leistungsspektrum geringer aus und ist obendrein noch nicht einmal für die gesamte Laufzeit garantiert. Streicht der Gesetzgeber wie-

der einmal Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, was in der Vergangenheit oft genug vorkam, dann schlägt diese Veränderung auf den Basistarif durch. Stiftung Warentest, die unlängst Basis- und Normaltarife verglich,

kam daher zum klaren Urteil: Für viele ist der Basistarif zu teuer. Die Versicherer rechnen ohnehin nicht damit, dass er große Nachfrage findet. Sein Vorgänger, der nun abgeschaffte Standardtarif, wurde auch nur selten gekauft.

Mehr Informationen dazu?
Nehmen Sie bitte Bezug auf den Artikel:

5

Ihr persönlicher Finanzberater